

Zwang zum Kollektiv

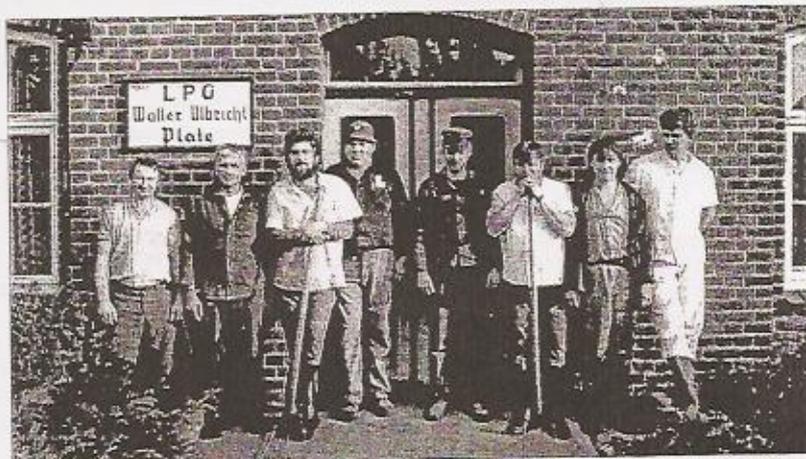
Die DDR degradierte Bauern zu Landarbeitern

Der Sozialismus erschien ostdeutschen Landarbeitern und Kleinbauern zunächst als Glücksfall: Alle Güter mit 100 Hektar und mehr – insgesamt 7112 Besitztümer – wurden enteignet, die Äcker dem werktätigen Landvolk übergeben.

Bis 1945 lagen Deutschlands größte Güter östlich der Elbe. Die Äcker und Wälder waren häufig im Besitz von Adligen, den sogenannten Junkern. Die Dorfbevölkerung arbeitete zumeist auf den Höfen der Gutsherren oder lebte fast ebenso kärglich von ein paar Hektar Land. Bäu-

Riesige Agrarfabriken entstanden: Typ P (Pflanzenproduktion) mit Tausenden von Hektar Land oder Typ T (Tierproduktion) mit Tausenden von Schweinen und Kühen. Die Genossenschaftsmitglieder – ob Bauer oder Traktorist – waren faktisch Landarbeiter. Eingeteilt in Brigaden, standen sie unter dem Kommando des LPG-Vorsitzenden.

Unterhalb des Vorstands rangierte die Hauptbuchhalterin – der Finanzchef einer LPG war häufig eine Frau. Eine Stufe tiefer standen die Abteilungs- oder Produktionsleiter.



Ehemalige LPG (bei Schwerin): Die Bauern wurden im Stich gelassen

erliche Familienbetriebe von mittlerer Größe waren verhältnismäßig selten.

Unter der Parole „Junkerland in Bauernhand“ wurden die Gutsherren verjagt, und diese Parole kam damals auch gut an. Doch die Freiheit der neuen Bauern währte nicht lange.

Anfang der fünfziger Jahre begann die Zwangskollektivierung, die DDR-Bauern mussten sich in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammenschließen.

Das Minimum an Selbständigkeit, das sie noch in den LPG-Typen I und II hatten, verloren die Bauern mit der schrittweisen Überführung in den Typ III. Ende 1960 waren alle Landwirte der DDR in eine der über 3800 LPG gepreßt, sie blieben aber formal Eigentümer ihres Bodens.

Nach dem Untergang der DDR mussten sich die LPG bis spätestens Ende 1991 in eine private Betriebsform umwandeln; das Land der zwischen 1945 und 1949 – vor Gründung der DDR – enteigneten Großgrundbesitzer ging in Bundesbesitz über. Häufig schlossen sich mehrere Agrarkombinate zusammen, die dann in einer anderen Rechtsform weitergeführt wurden.

Die Vorsitzenden und ihre Führungskräfte nutzten die Schwächen des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes, um mit einem Großteil des LPG-Vermögens eigene Agrarfabriken aufzumachen, meist als eingetragene Genossenschaft, als Aktiengesellschaft oder GmbH. Einige Führungscliquen bildeten auch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts und wurden so gleichsam Großbauern – die neuen roten Junker.

Agrargenossenschaft Grünlichtenberg mit 5500 Hektar entstanden, geleitet von Artur Walda. Die Macht des sächsischen Stalin blieb erhalten. Im Landesverband des Deutschen Bauernverbands avancierte Walda gleich zum Vorstandsmitglied.

Oder Bernd Schuster, der noch immer „König von Golßen“ genannt wird. In dem brandenburgischen Städtchen führt der ehemalige LPG-Chef als Vorstandsvorsitzender die örtliche Agrargenossenschaft mit 1200 Hektar und einem Gesamtvermögen von 18 Millionen Mark. Reporter des ZDF-Magazins „Kennzeichen D“ entdeckten den roten Junker auch in den Akten der Gauck-Behörde. Schuster, Major der Hauptverwaltung Aufklärung, wurde 1989, kurz vor der Wende, Offizier in besonderem Einsatz, im Stasi-Jargon kurz OibE genannt.

Wie in Grünlichtenberg und Golßen hört in den ostdeutschen Dörfern wieder fast jeder auf das Kommando eines früheren LPG-Chefs. Der ist – zusammen mit seinen Freunden – in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zum Großbauern mutiert, zum geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH, zum Vorstandsvorsitzenden einer Genossenschaft oder Aktiengesellschaft.

Die Bauern haben den neuen alten Herren wenig entgegenzusetzen. Am liebsten würde er zur Kalaschnikow greifen, redet sich ein Bauer aus Sachsen-Anhalt in Rage – und bittet gleichzeitig, nicht genannt zu werden, wenn er über seine früheren LPG-Chefs spricht. In den Dörfern des deutschen Ostens geht die Angst vor den einflussreichen Altkadern um.

Die komplizierte Rechtslage versteht keiner, und das nutzen die neuen Herren aus. So weigert sich Fritz Ullrich, Vorstandsvorsitzender der Lausitzer Hügelland Agrar AG, die Mitglieder der aufgelösten LPG Oberlichtenau auszuzahlen. Seine Begründung: Das frisch gegründete Unternehmen brauche dringend das Geld.

Den Anteilseignern der aufgelösten LPG standen stattliche Beträge zu. Die Bäuerin Elfriede Walther etwa hatte Anspruch auf 99 230 Mark. Der Vorstand der neuen AG bot ihr 5175 Mark, zahlbar in drei bequemen Jahresraten.

„Da eine Kapitalgesellschaft Rücklagen benötigt, erhalten Sie ... laut Satzung einen Gesamtbetrag von 10 350 DM, das sind 207 Aktien im Nominalwert von 50 DM“, lautet die Begründung. Da Elfriede Walther keine Aktien haben wollte, gab es eine Abfindung „in Höhe von 50 Prozent des fiktiven Aktiennominalwertes, das sind 5175 DM“.

Ein Vermögen von 100 000 Mark einstreichen und dafür 5000 Mark zahlen – so entsteht im Osten neuer Wohlstand.

Die Methoden der roten Landherren sind stets dieselben: Zunächst wird das